

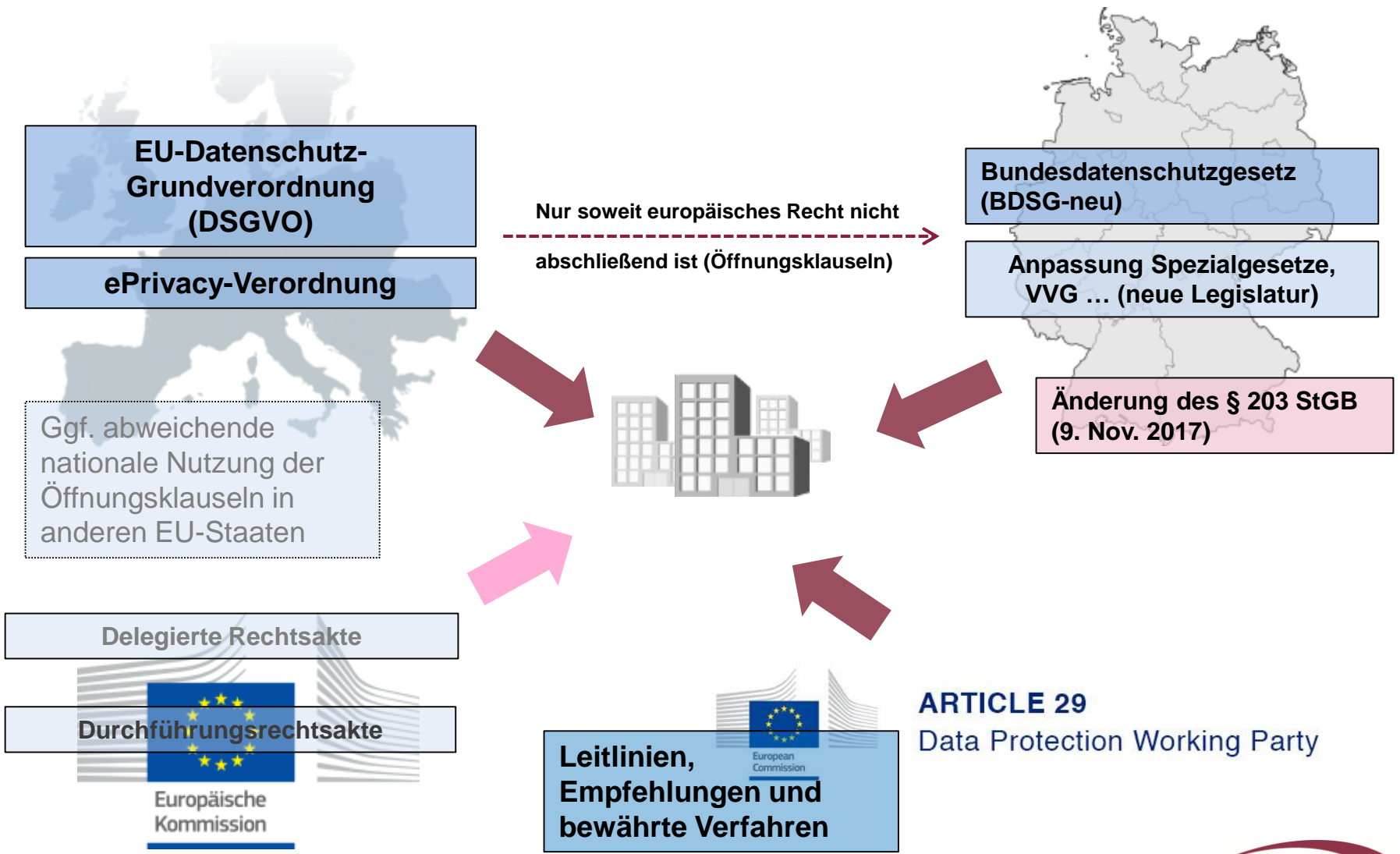
# Neue datenschutzrechtliche Anforderungen an Versicherungsunternehmen

Dr. Martina Vomhof

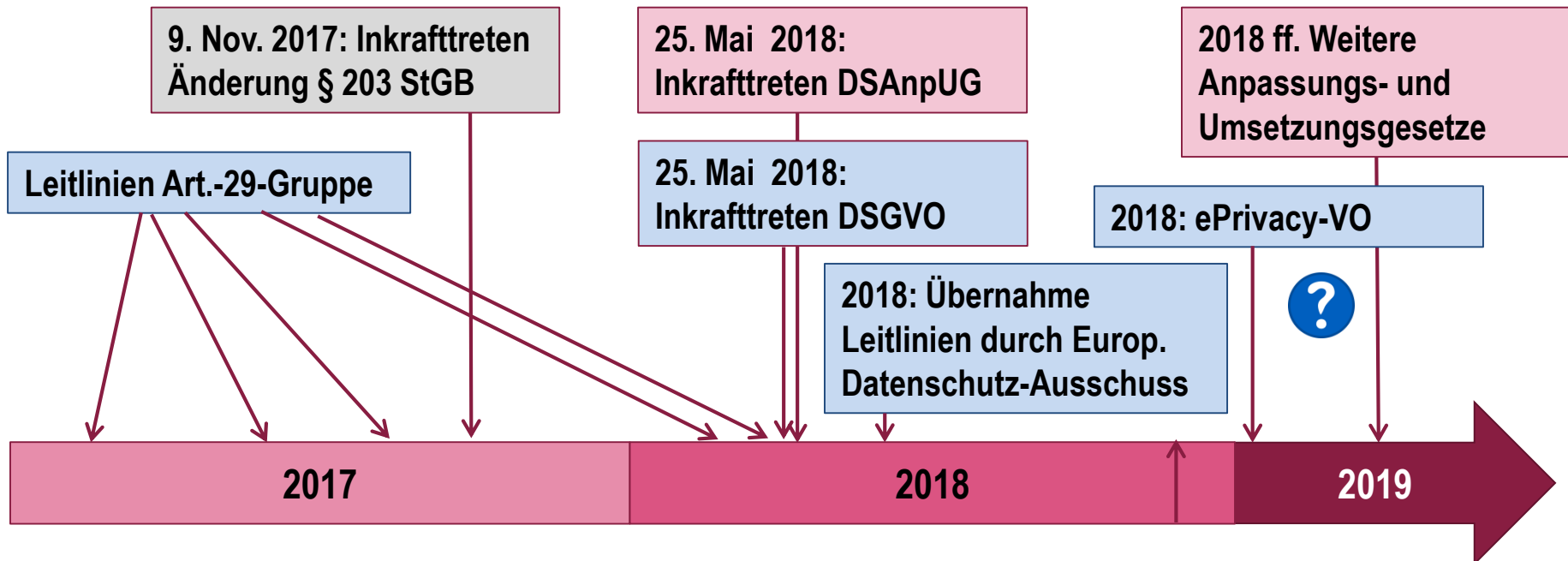
Forum Versicherungsrecht am 11.12.2017 in Düsseldorf



# Rechtsgrundlagen Datenschutz ab 25. Mai 2018



# Zeitplan EU-Datenschutz-Grundverordnung



Unternehmen sind mit den für die Branche **wichtigen Rechtsänderungen vertraut** (u.a. Rundschreiben, Infoveranstaltungen, laufende Information über neue Leitlinien).

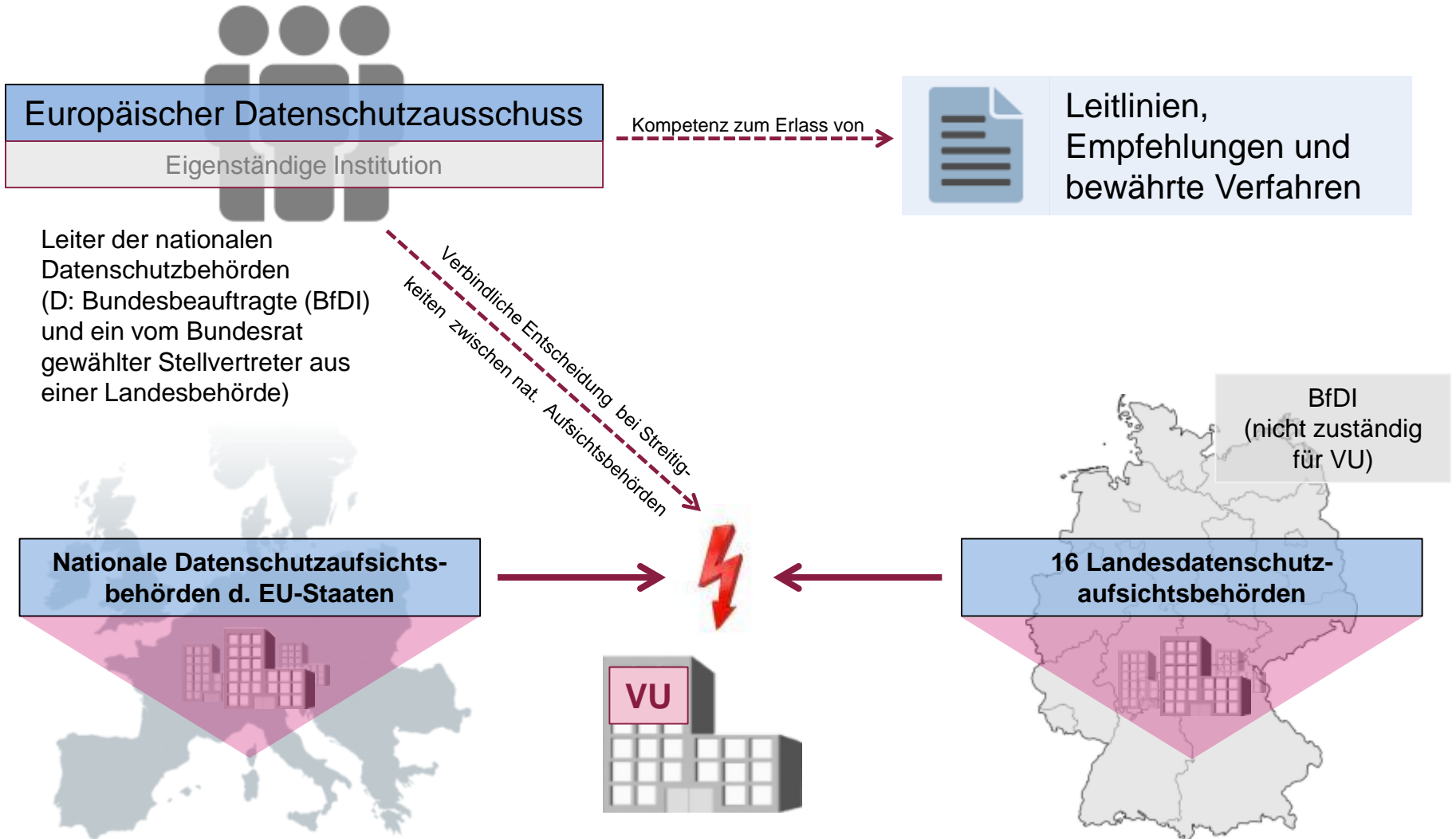
**Projekte** sind aufgesetzt, Rollen verteilt, **Handlungsbedarf** festgestellt (Unverbindliche Orientierungshilfe GDV, Checklisten Datenschutzbehörden).

**Verhaltensregeln** für den Umgang mit personenbezogenen Daten durch die Deutsche Versicherungswirtschaft (**Code of Conduct**) werden angepasst.

**Muster**

- Informationspflichten
- Information HIS
- Einwilligungen/Schweigepflichtentbindungen

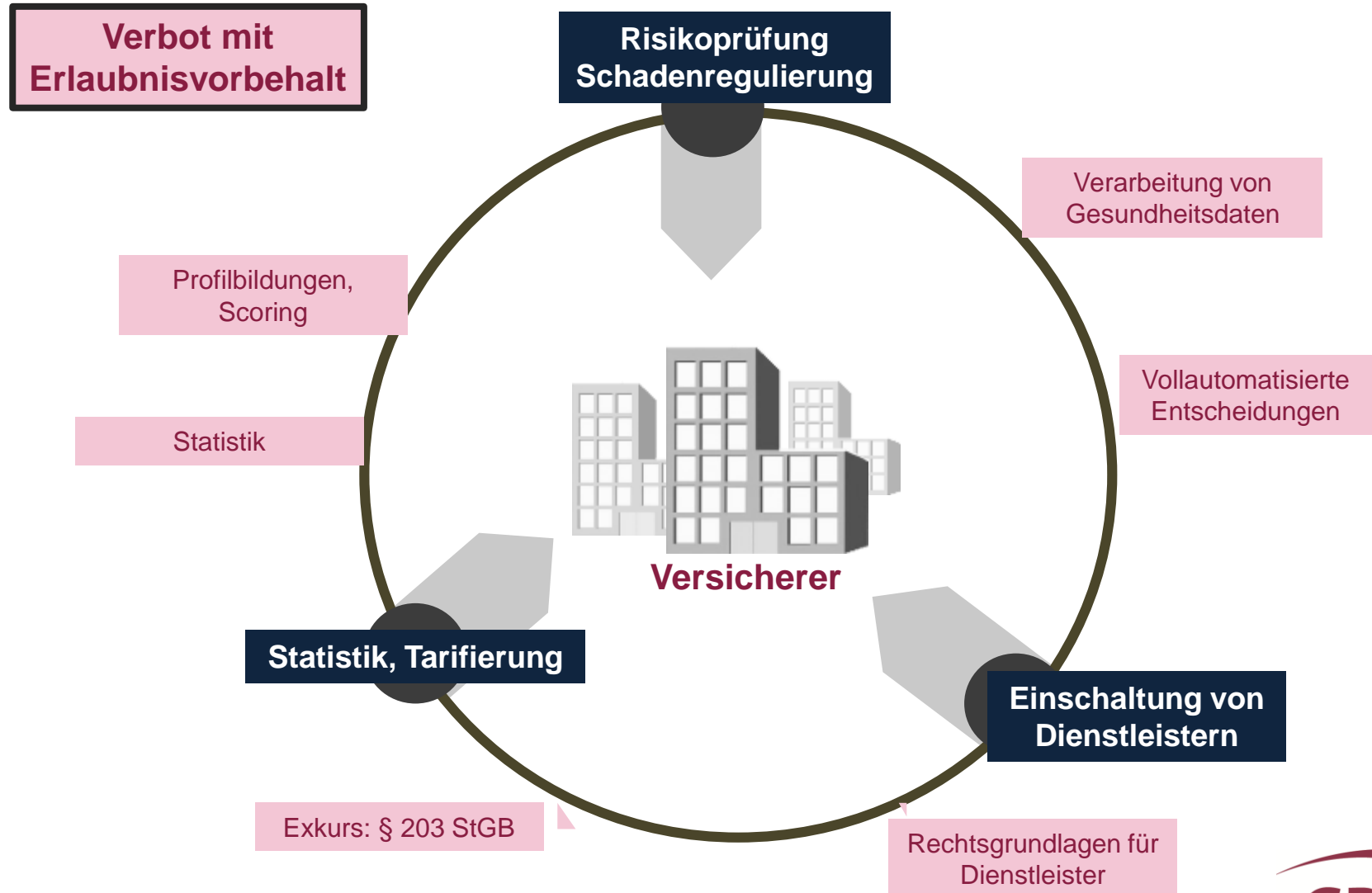
# Aufsichtsstruktur ab 25. Mai 2018



Ggf. mit zuständig: z. B. bei betroffener Person im Mitgliedstaat

Federführend: Behörde der Hauptniederlassung des VU

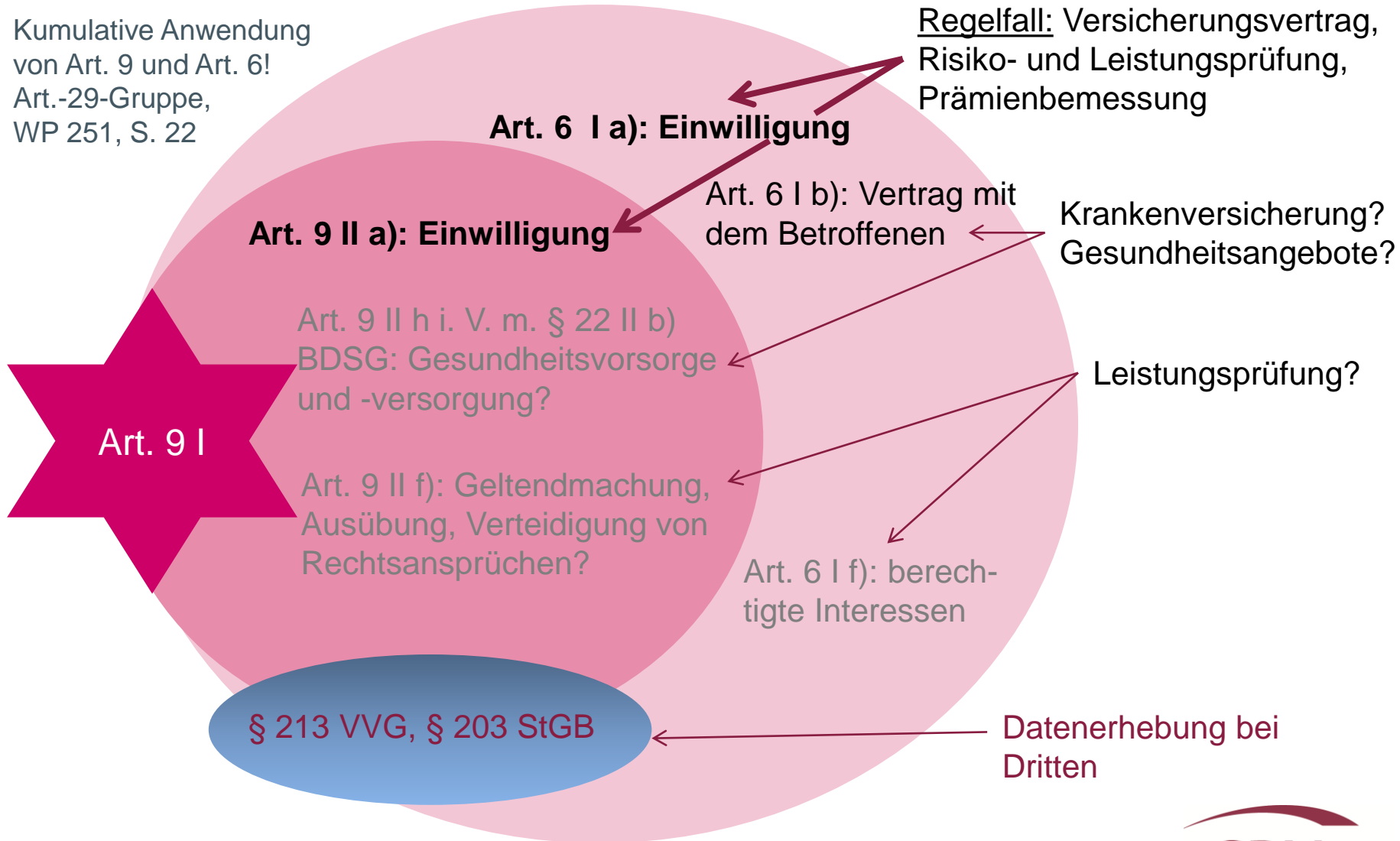
# Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung in der Versicherungswirtschaft



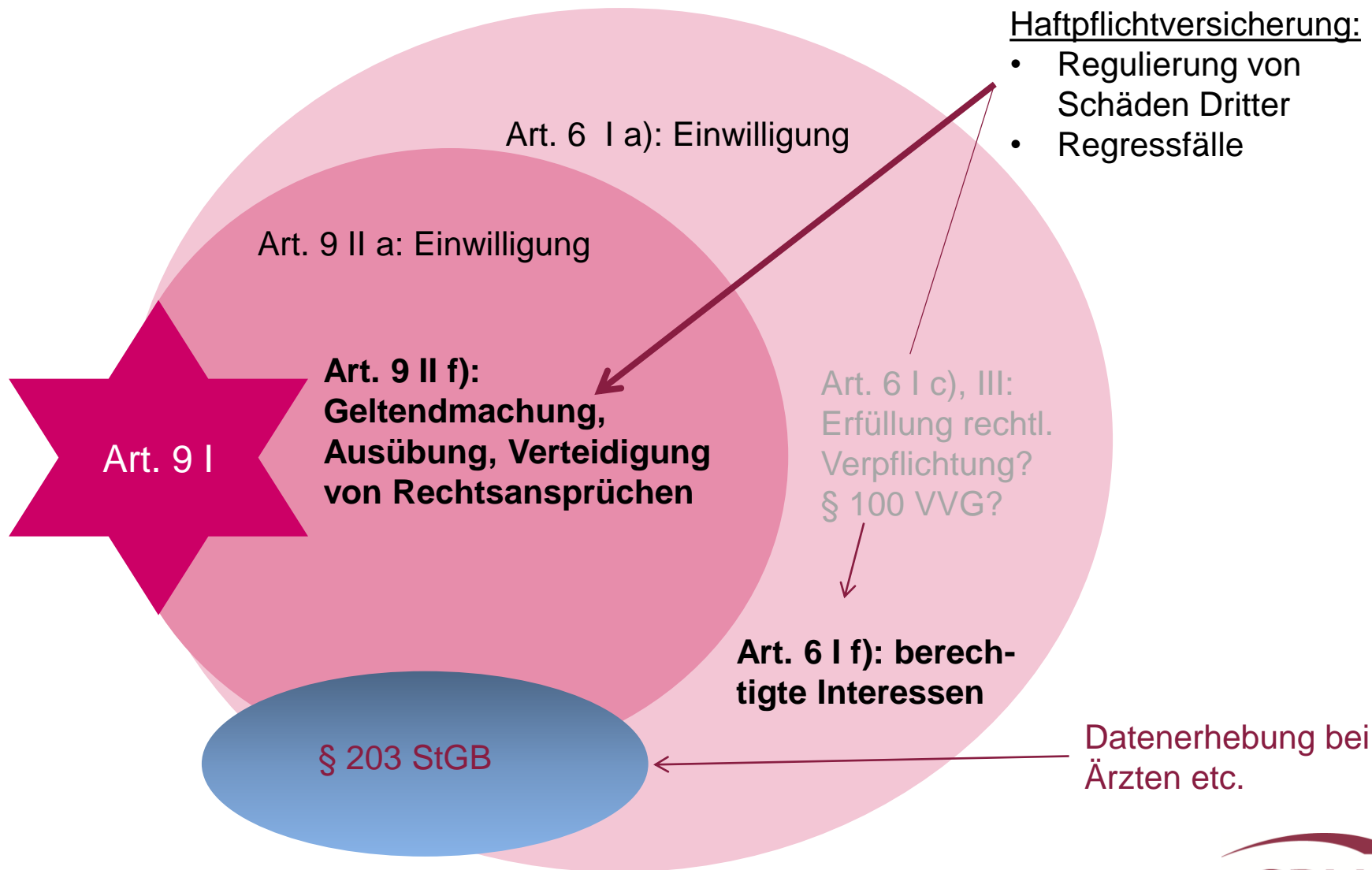
# EU-Datenschutz-Grundverordnung

## Gesundheitsdaten

Kumulative Anwendung von Art. 9 und Art. 6!  
Art.-29-Gruppe,  
WP 251, S. 22



## Gesundheitsdaten




# EU-Datenschutz-Grundverordnung

**Die Einwilligung wird wichtigste Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Gesundheitsdaten in der Versicherungswirtschaft bleiben!**

## ■ Keine Schriftform mehr

- konkludente Einwilligung genügt nur bei einfachen Daten (Art. 4 Ziff. 11, EG 32)
- bei Gesundheitsdaten: ausdrücklich nach Art. 9 Abs. 2 a)
- Nachweisbarkeit (Art. 7 Abs. 1)

## ■ Problem: Widerruflichkeit der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3)

- Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bis zum Widerruf (Art. 7 Abs. 3 Satz 2)
- Ist Ausschluss des Widerrufs nach Treu und Glauben noch möglich?   
vgl. Art. 5 Abs. 3 S. 2 Code of Conduct a. F.
- Anwendung des Art. 9 Abs. 2 f. (Geltendmachung, Verteidigung von Ansprüchen)  
vgl. Art. 17 Abs. 1 a) Löschung nur, wenn Einwilligung widerrufen und keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
- Mögliche Folge des Widerrufs: Leistung nicht fällig nach § 14 VVG, wenn keine Prüfung der Leistungspflicht möglich



# EU-Datenschutz-Grundverordnung

## Vollautomatisierte Entscheidungen und Profiling

### ■ Anwendungsbereich des Art. 22 DSGVO

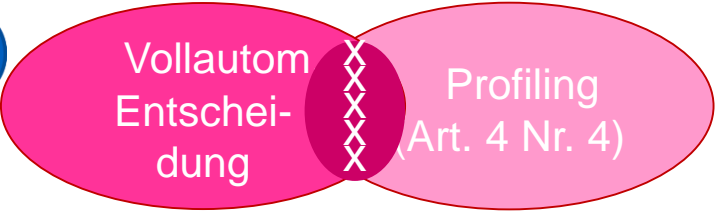
Die betroffene Person hat das **Recht**, nicht einer **ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung** unterworfen zu werden, die ihr gegenüber **rechtliche Wirkung** entfaltet oder sie in **ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt**.

keine maßgebliche menschliche Intervention (WP 251, S. 10)

nicht: vorbereitende Maßnahmen

Bedeutung der Entscheidung (WP 251, S. 10/11) auch positive Entscheidungen

„einschließlich Profiling“



# EU-Datenschutz-Grundverordnung

## Vollautomatisierte Entscheidungen und Profiling

### ■ Verbot mit Erlaubnisvorbehalt

### ■ **Ausnahmen** zusätzlich zu allgemeiner Erlaubnisgrundlage

- Art. 22 Abs. 2 c): ausdrückliche Einwilligung
- Art. 22 Abs. 2 a): wenn die Entscheidung für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages erforderlich ist
  - nur Vertrag zwischen Versicherungsunternehmen und Betroffenen
  - Frage: muss die Entscheidung erforderlich sein, oder die automatisierte Form (vgl. Art.-29-Gruppe, WP 251)
  - Art. 22 Abs. 2 b) DSGVO i. V. m. § 37 Abs. 1 Nr. 1 BDSG: im Rahmen der Leistungserbringung nach einem Versicherungsvertrag und Begehren stattgegeben

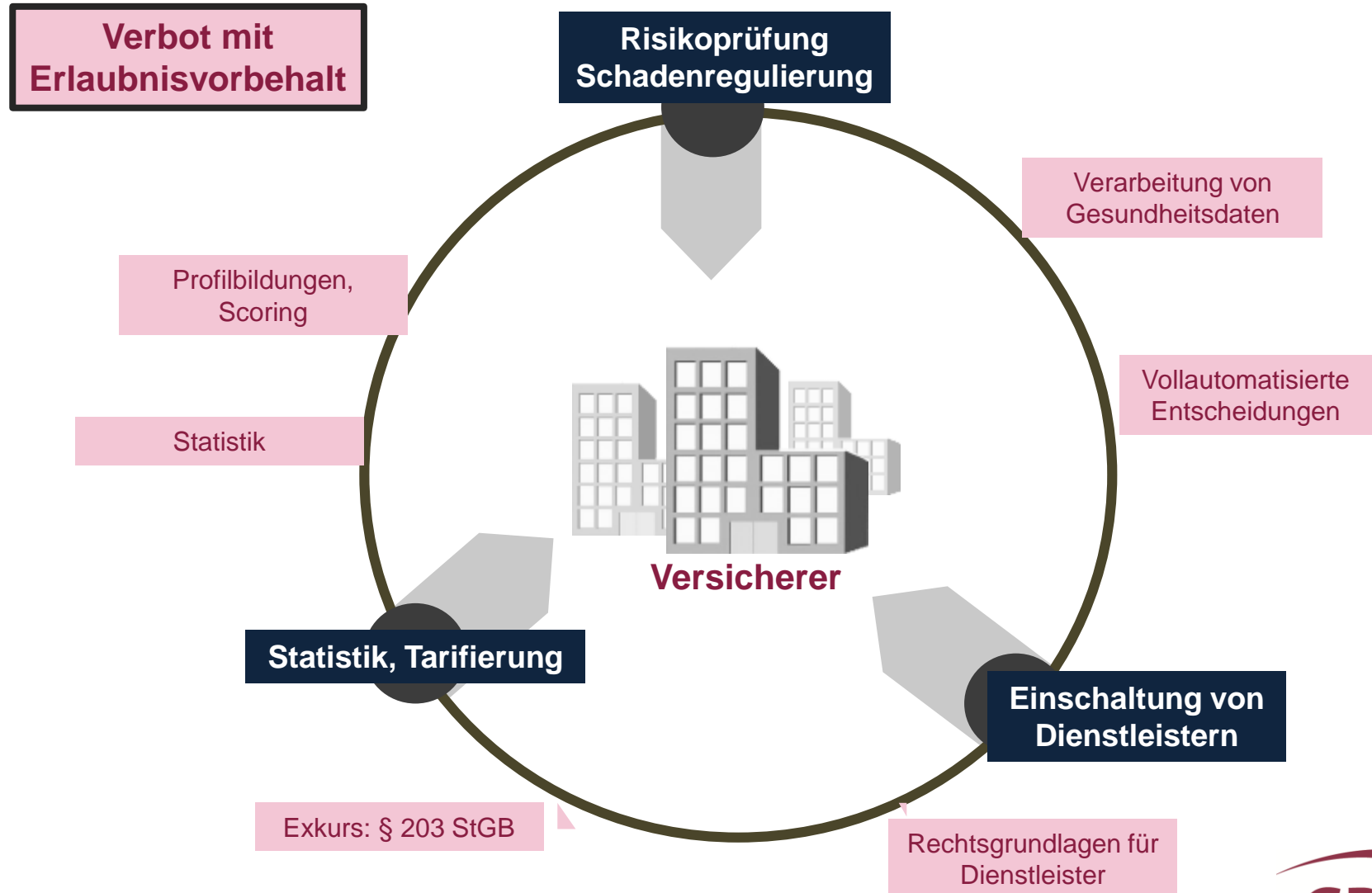


### ■ Sonderfall **Gesundheitsdaten**

- Art. 22 Abs. 4 i. V. m. Art. 9 Abs. 2 a DSGVO ausdrückliche Einwilligung
- Art. 22 Abs. 4, Art. 9 Abs. 2 g DSGVO, § 37 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 BDSG: Leistungsabrechnung in der PKV bei angemessenen Schutzmaßnahmen

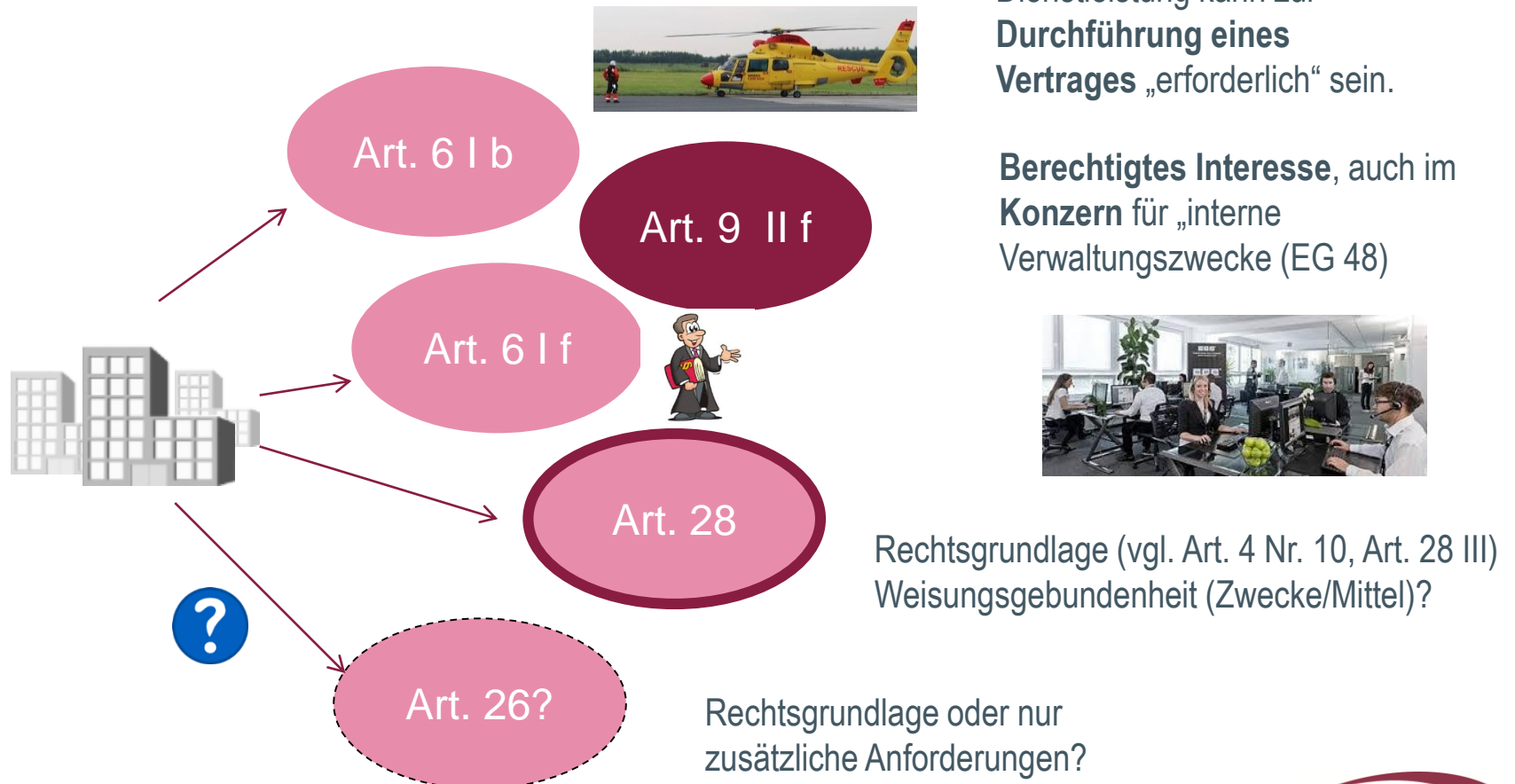


# Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung in der Versicherungswirtschaft



# EU-Datenschutz-Grundverordnung

## Einschaltung von Dienstleistern



# Exkurs: Änderung des § 203 StGB

## Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen

- In Kraft getreten am **09.11.2017** (BGBl. 2017, Teil I, S. 3818 ff.)
- Wichtig für Outsourcing in der **Lebens-, Kranken- und Unfallversicherung** (§ 203 Abs. 1. Nr. 7 StGB)
- **Wesentlicher Inhalt der Neuregelung von § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB:**

Geheimnisse dürfen an „**sonstige Personen**“ offenbart werden, **die** an der beruflichen Tätigkeit des Geheimnisträgers „**mitwirken**“, soweit dies **für die Inanspruchnahme des Dienstes erforderlich** ist ( § 203 Abs. 3 Satz 2 StGB)

Datenübermittlung  
für konkreten  
Auftrag, nicht  
Beauftragung

Außerhalb des  
Unternehmens  
stehende (natürl.)  
Personen

Tätigkeit für Zwecke  
des  
Versicherungsunter-  
nehmens

# Exkurs: Änderung des § 203 StGB

## Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen

- **Strafbarkeit des Berufsgeheimnisträgers** (VU-Angehöriger), wenn er nicht dafür Sorge getragen hat, dass die „sonstige mitwirkende Person“ **zur Geheimhaltung verpflichtet** wurde und diese unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart (§ 203 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1 StGB)

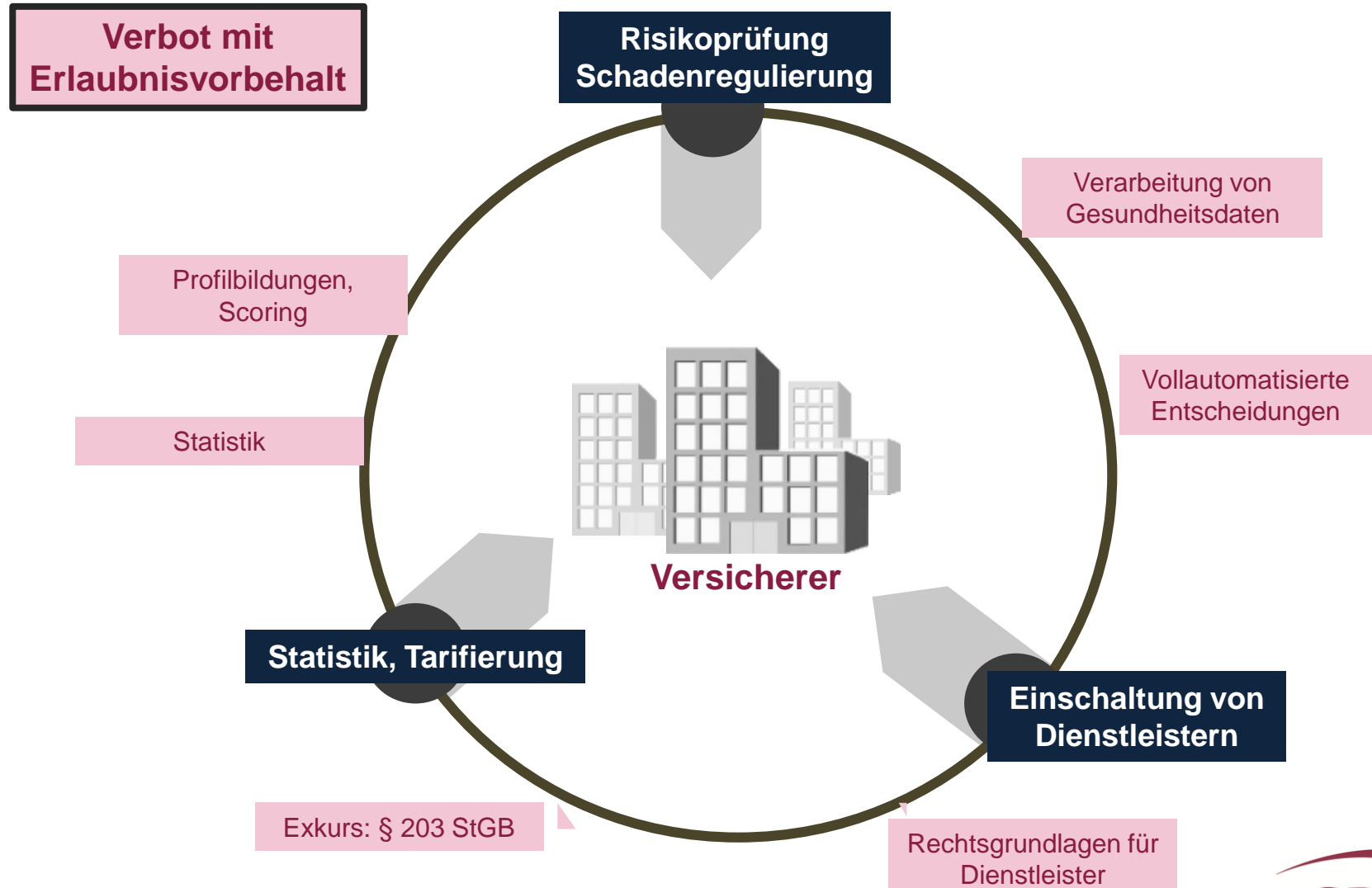
Keine  
Anforderungen  
mehr an die  
Auswahl

Auf § 203 StGB  
zugeschnittene  
Verpflichtung; auch  
über Arbeitgeber

Keine Verpflichtung  
nötig bei  
Berufsgeheimnis-  
trägern (2. Halbs.)

- **Strafbarkeit der mitwirkenden Person** (Dienstleister), wenn sie das Geheimnis unbefugt offenbart (§ 203 Abs. 4 Satz 1) oder wenn eine „weitere mitwirkende Person“ bei mangelnder Verschwiegenheitsverpflichtung das Geheimnis offenbart (§ 203 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 StGB)

# Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung in der Versicherungswirtschaft



## Statistik

Statistik ist im Ergebnis immer anonymisiert

Profilbildung in Bezug auf konkrete Personen ist keine Statistik!

Art. 6 I f):  
berechtigte  
Interessen

Bei Gesundheitsdaten: Art. 9 II j)  
i.V.m. § 27 I BDSG:  
wenn erforderlich  
und erheblich  
überwiegendes  
Interesse des VU

Art. 89 u. § 27 Abs. 3  
BDSG: Datenminimierung,  
z. B. Pseudonymisierung  
falls möglich; frühzeitige  
Anonymisierung

Grundsätzlich auch  
Daten aus Dritt-  
quellen (vgl. Art. 14  
Abs. 5 b), 2. Alt.)

Zweckänderung  
möglichst  
vermeiden

Zweckänderung  
Art. 6 IV, 5 I b)



## Profilbildungen, Scoring

Profilbildung (Art. 4 Nr. 4) in Bezug auf konkrete Personen ist keine Statistik und daher nicht privilegiert!

Scoring: weiterhin nur Wahrscheinlichkeitswert für zukünftiges Verhalten für Entscheidung über Vertrag; Keine neuen Anforderungen

Vollautomatisierte Entscheidungen auf Basis der Profilbildung müssen Art. 22 entsprechen!

Art. 6 I f):  
berechtigte  
Interessen

Bei Gesund-  
heitsdaten:  
Art. 9 II a)  
Einwilligung

Bei Scoring  
§ 31 BDSG

Auch hier gilt  
der Grundsatz  
der Daten-  
minimierung

Zweckänderung  
nur nach Art. 6  
IV

Dr. Martina Vomhof  
Leiterin Datenschutz / Grundsatzfragen  
Wilhelmstraße 43 / 43 G, D-10117 Berlin  
Postfach 08 02 64, D-10002 Berlin  
Tel.: +49 30 2020-5290  
Fax: +49 30 2020-6290  
E-Mail: [m.vomhof@gdv.de](mailto:m.vomhof@gdv.de)

[www.gdv.de](http://www.gdv.de)  [@gdv\\_de](https://twitter.com/gdv_de)

